

Offener Brief an Herman Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

lieber Herman,

auf Ihre Initiative hin halten die Staats- und Regierungschefs am 11. Februar einen informellen Gipfel ab über - wie man zusammenfassend sagen könnte - die "Lage der Europäischen Union". Ich halte dies für eine gute Initiative, die nicht zu früh kommt, nun da der Lissabon-Vertrag bereits mehr als zwei Monate in Kraft ist.

Das mindeste, das man sagen kann, ist, dass es um die Union nicht gut steht. Die Zahl von Fehl- und Rückschlägen häuft sich. Denken wir an den dramatischen Ausgang von Kopenhagen, wo eine Einigung um die Europäische Union herum beschlossen wurde, denken wir an die mangelhafte Koordinierung der Hilfslieferungen an Haiti oder an die Abwärtsspirale, in die die Eurozone durch die Schwierigkeiten Griechenlands geraten ist. Es ist zudem vielsagend, dass US-Präsident Obama offenbar denkt, dass es sich nicht lohnt, am EU-US-Gipfel in Madrid teilzunehmen.

Wir wissen beide, dass dies keine zufälligen Rückschläge sind. Es reicht aus, einmal ein Flugzeug nach Peking oder Shanghai zu nehmen, um davon überzeugt zu werden, dass es um mehr geht, dass eine neue, multipolare Welt Gestalt annimmt, in der der Einfluss der Länder Europas schwindet. Aus den Anschlägen des 11. September und der Finanzkrise von September 2008 ist eine neue Weltordnung entstanden, die erbarmungslos für die (überholten) nationalen Illusionen der meisten EU-Mitgliedsländer ist. Das erwartete Wirtschaftswachstum der Eurozone für 2010 beträgt nur 0,9 % des BIP, während das für China 10 %, für Indien 7 %, für Brasilien 4,8 % und für die USA 4,4 % beträgt. Spätestens 2050 besteht die G7 nicht mehr länger aus den USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada sondern aus China, Indien, Brasilien, Russland, Mexiko, Indonesien und en USA.

Die Strategie, die Europa im Jahr 2000 entwickelt hat, konnte die Erwartungen in keiner Weise erfüllen. Die sogenannte Lissabon-Strategie sollte die EU zum "wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" machen. Dieses Ziel wurde nur unzureichend erreicht. Wir haben, um nur ein Beispiel zu geben, unseren Rückstand bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung in keiner Weise aufgeholt. Die EU bleibt bei unbedeutenden 1,77 % ihres BIP stecken, während Japan 3,39 % und die USA 2,66 % investieren.

Der Grund für dieses Scheitern ist leicht ausfindig zu machen. Bereits seit Jahren verweisen Experten immer wieder darauf, dass die in der Lissabon-Strategie angewandte Methode viel zu unverbindlich ist. Mit der Methode der offenen Koordinierung ist es kaum möglich, Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben. Sie reduziert die Rolle der EU in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung auf ein Studienbüro, das die Ergebnisse der nationalen Volkswirtschaften miteinander vergleicht um dann, auf Basis dieser Ergebnisse, unverbindliche Empfehlungen zu formulieren. Das ist eine Rolle, die bereits die OECD spielt. Noch wichtiger aber ist, dass die Lissabon-Strategie sich aus nationalen Wirtschaftsstrategien ableitet. Es sind also die Mitgliedstaaten, die im "Driverseat" sitzen, nicht die Europäischen Institutionen. Mit anderen Worten: Europas Wirtschaft wird nicht als eine Gesamtheit angesehen, die ernsthafte Handicaps im Vergleich mit den Volkswirtschaften Chinas, der USA oder Indiens bewältigen muss. Stattdessen wird Europas Wirtschaft angesehen als eine Ansammlung voneinander abgegrenzter nationaler Volkswirtschaften, die jede für sich selbst

ihre Probleme in den Griff bekommen und darüber hinaus auch entscheiden sollen, wie sie das konkret tun. In der globalisierten Weltwirtschaft von heute ist dies ein wahrhaft absurder und unhaltbarer Ausgangspunkt. Selbst die einfache Koordinierung der nationalen Wirtschaftsstrategien wäre im Vergleich dazu bereits ein (wenn auch unzureichender) Schritt in die richtige Richtung. Einige Beispiele, bei denen mindestens Koordination notwendig ist, sind die Säuberung der Banken, um den Kreditfluss wieder in Gang zu bringen, oder die Umsetzung der notwendigen Reformen für den Arbeitsmarkt oder die Pensionssysteme. Kurzum: Nur eine umfassende sozialwirtschaftliche Steuerung für die Union kann die Wirtschaft Europas auf den Weg hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und mehr Wachstum zurückbringen.

Natürlich gilt dies noch mehr für die Eurozone, in der die beteiligten Länder durch eine gemeinsame Währung unauflösbar miteinander verbunden sind. Die Entwicklungen um Griechenland, die drohende Gefährdung anderer Euro-Länder und die Schwächung der Währung selbst, die damit einhergeht, sind hierfür ein gutes Beispiel. Anstatt unverzüglich eine gemeinsame Front mit Griechenland zu bilden und so den Euro zu stärken, senden europäische Regierungsvertreter Signale aus, denen zu Folge dies eine Angelegenheit Griechenlands sei und die Griechen selbst die geeigneten Maßnahmen treffen müssten. Dass massive Eingriffe in Griechenland nötig sind, bestreitet dabei niemand. Aber sie müssen durch die Europäische Zentralbank oder die Europäische Kommission vorgenommen werden, ergänzt durch eine Hilfe zur Schuldendeckung (etwa durch die Ausgabe von Eurobonds). Die Tatsache, dass dies nicht geschehen ist, hat zur Folge, dass Griechenland den internationalen Kapitalmärkten ausgeliefert ist, mit anderen Worten: den Spekulanten und Anlegern. Dies geschieht, ohne sich wirklich klar zu machen, dass so auch andere Länder ins Visier geraten und dass schließlich der Euro selbst untergraben wird. Es ist richtig, dass "Spreads" (also Unterschiede bei den Zinssätzen auf staatliche Anleihen im Vergleich zu Deutschland) nicht zu vermeiden sind. Mehr noch stellen sie einen Anreiz dar für Länder, die darin nachgelassen haben, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen; sie zwingen sie zu Reformen. Aber steigende "Spreads" können auch ein Eigenleben entwickeln - als Zielobjekt für Spekulanten und Anlegern bei ihrer Suche nach leichten Gewinnen. In einem solchen Fall bedrohen die Unterschiede in den Zinssätzen zwischen den Ländern derselben Währungszone die gemeinsame Währung selbst zu untergraben.

Was es auch sei, ob es um Haiti geht, um Griechenland oder um den dramatischen Verlauf von Kopenhagen - der Grund für das Misslingen ist immer derselbe: Die einzelnen Länder der EU behalten die Fäden in der Hand, und Europa besitzt weder die Macht noch die Instrumente, um einen einstimmigen Ansatz möglich zu machen, geschweige denn sie durchzusetzen. In der Tragödie, die Haiti trifft, waren die einzelnen Mitgliedsländer sehr großzügig. Das ist gut, dennoch wäre ein "EU-Fast", also gemeinschaftliche europäische humanitäre Einsatzkräfte, sehr viel schneller und effizienter gewesen. Die Idee einer europäischen Koordinierung der europäischen Zivilschutzkräfte in den Mitgliedstaaten ist nicht neu. Sie kam erstmals auf dem sogenannten "Pralinengipfel" zur Sprache. Im April 2003 hatten Jacques Chirac, Gerhard Schröder, Jean-Claude Juncker und ich selbst vorgeschlagen, ein "EU-Fast" (European Union First Aid and Support Team) einzurichten. 2006 wurde der Vorschlag durch Michel Barnier in einem Bericht im Auftrag der Europäischen Kommission aufgegriffen und weiterentwickelt. Aber 2003 wie auch 2006 gab es Mitgliedstaaten, die ein solches "EU-Fast" oder ein "Europe Aid", wie es in Barniers Bericht genannt wurde, nicht wollten - offiziell, weil sie gegen die Einbeziehung militärischer Mittel in zivile Projekte waren. In Wirklichkeit bewahren sie, indem sie diese Hilfe in den eigenen Händen behalten, die Illusion, dass sie Einfluss und Prestige in den betroffenen Ländern und in den spezialisierten internationalen Einrichtungen bewahren.

Auch Kopenhagen hätte möglicherweise einen anderen Ausgang gehabt, wenn Europa durch eine einzige Person vertreten gewesen wäre, anstelle von acht (den Dänen als Veranstalter, einem Vertreter der Europäischen Kommission, Frederik Reinfeldt für die schwedische EU-Ratspräsidentschaft, José Luis Zapatero für die darauf folgende spanische Präsidentschaft, Catherine Ashton, Gordon Brown, Nicolas Sarkozy, Angela Merkel). Die Welthandelsorganisation (WTO) ist ein gutes Vorbild dafür, wie es gehen muss - und kann. In der WTO wird auf Europa gehört, weil es in ihr einen Wortführer hat, eine Persönlichkeit, die im Namen aller 27 Mitgliedstaaten Beschlüsse fassen kann. Das muss auch bei den Klimaverhandlungen der Ansatz werden, wie übrigens bei allen internationalen Foren (beispielsweise der IWF). Europa muss anfangen, sich realistisch zu zeigen - und seine Wünsche für die Wirklichkeit zu nehmen. In der neuen, multipolaren Welt ist Europa nicht mehr in der Lage, Jedem seinen Willen aufzuzwingen, nicht einmal gemeinsam mit den Vereinigten Staaten. Der Westen hat nicht länger die Herrschaft über diesen Planeten. Um die Erderwärmung wirksam zu bremsen, wird - mindestens - eine trilaterale Vereinbarung zwischen der EU, den USA und China notwendig sein. Dies ist ein besserer Ansatz als die Suche nach völliger Einstimmigkeit zwischen alle 192 Mitgliedern der Vereinten Nationen, wie es das Scheitern von Kopenhagen leider bewiesen hat.

Kurzum, Herr Vorsitzender, wenn es den Staats- und Regierungschefs mit der Analyse der Ursachen für die jüngsten Fehler der Europäischen Union ernst ist, dann sollten sie am 11. Februar zu einer logischen Schlussfolgerung kommen: Europa hat mehr Einheit und vor allem mehr Integration nötig, sonst wird es morgen keine bedeutende Rolle mehr spielen. Auf den Vertrag von Lissabon zu verweisen und zu hoffen, dass der Wind sich dreht, reicht nicht aus - im Gegenteil. Das wird aus den Ereignissen der letzten Wochen und Monate deutlich. Wohl aber wird durch den Vertrag von Lissabon die Macht des Europäischen Parlaments als Ausformung des Willens der Bürger in Europa beträchtlich zunehmen. Und das Parlament wird von dieser neuen Macht Gebrauch machen. Dies umso mehr, wenn die Staats- und Regierungschefs nach dem 11. Februar nicht den Eindruck erwecken, dass sie die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen können oder wollen. Aber ich hoffe natürlich zutiefst, gemeinsam mit Ihnen, dass dies nicht der Fall sein wird.

Hochachtungsvoll,

Guy Verhofstadt

Vorsitzender der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament